



Fortschritts- argumente

→ Industriepolitische Positionen der NE-Metallindustrie zur Bundestagswahl

GRUNDSTOFFINDUSTRIE

ENERGIE

KLIMA

UMWELT

ROHSTOFFE UND HANDEL

STEUERN

FORSCHUNG

EUROPA

METALLE PRO KLIMA

ECKDATEN DER BRANCHE





Über die Wirtschaftsvereinigung Metalle

Die Wirtschaftsvereinigung Metalle (WVMetalle) vertritt die wirtschaftspolitischen Interessen der deutschen Nichteisen(NE)-Metallindustrie. Sie setzt sich für Rahmenbedingungen am Industriestandort ein, die Raum für Innovationen und Investitionen schaffen und den Erhalt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit ermöglichen. Die Schwerpunkte liegen in der fachlichen Betreuung der Bereiche Energie und Klima, Umweltpolitik, Forschung, Europapolitik, Handel und Rohstoffe, Steuern und Finanzen.

Kreislaufwirtschaft und Ressourceneffizienz, Arbeits- und Gesundheitsschutz, Europäische Stoffpolitik sowie der Bereich „Wasser, Boden, Luft“ bilden den Fokus des Engagements in der Umweltpolitik.

Ziel der WVMetalle ist es, die NE-Metallindustrie als elementaren Teil der Basis der Wertschöpfungsketten in Deutschland zu erhalten und den Industriestandort zu stärken.

➤ Grundstoffindustrie als Fundament für morgen

GRUNDSTOFFINDUSTRIE

ENERGIE

KLIMA

UMWELT

ROHSTOFFE UND HANDEL

STEUERN

FORSCHUNG

EUROPA

METALLE PRO KLIMA

ECKDATEN DER BRANCHE



- Intakte Wertschöpfungsketten als Standortvorteil erhalten
- Rückgang des Anlagevermögens stoppen
- Planungssicherheit für die Grundstoffindustrie schaffen



Grundstoffindustrie als Fundament für morgen

Intakte Wertschöpfungsketten als Standortvorteil erhalten. Die Grundstoffindustrie steht am Anfang der engverzahnten Wertschöpfungskette in Deutschland. Unsere Werkstoffe sind für Zukunftstechnologien, im Zusammenhang mit der Energiewende, der Mobilität von morgen und der Digitalisierung, unverzichtbar. Deswegen brauchen wir auch weiterhin eine starke industrielle Basis, zu der auch die Metallindustrie gehört.

Rückgang von Investitionen stoppen. Eine Studie von Deutsche Bank Research zeigt, dass das Anlagevermögen in den energieintensiven Sektoren in den letzten Jahren stetig gesunken ist. Seit 1995 waren die Nettoanlageinvestitionen bei energieintensiven Branchen nur in fünf Jahren positiv. Eine der Hauptursachen dafür ist das hohe

Maß an Unsicherheit im Bereich wettbewerbsfähiger Energiekosten. Investitionen sind aber die Voraussetzung für die wirtschaftliche Sicherheit der Unternehmen von morgen. Deshalb sollte dieser Trend schnell gestoppt werden.

Planungssicherheit für die Grundstoffindustrie schaffen. Die Lebensdauer von Anlagen im Bereich der energieintensiven Grundstoffindustrie umfasst häufig mehrere Jahrzehnte. Die damit verbundenen Investitionsentscheidungen benötigen deshalb ein hohes Maß an Planungssicherheit. Unsicherheiten, die beispielsweise durch politische Diskussionen im Rahmen der Ausnahmeregelungen des EEG entstehen, sind deshalb ein Hemmnis für notwendige Investitionsvorhaben.

⊙ Energiepolitik ist Industriepolitik

GRUNDSTOFFINDUSTRIE

ENERGIE

KLIMA

UMWELT

ROHSTOFFE UND HANDEL

STEUERN

FORSCHUNG

EUROPA

METALLE PRO KLIMA

ECKDATEN DER BRANCHE



- Energie als strategischen Produktionsfaktor anerkennen
- Energiepolitisches Dreieck gleichrangig verfolgen
- Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit konkretisieren und quantifizieren



Energiepolitik ist Industriepolitik

Energie als strategischen Produktionsfaktor anerkennen. Die NE-Metallindustrie verwendet Energie als Inputfaktor und Rohstoff und veredelt diesen. In energieintensiven Prozessen stellt sie hochtechnologische Produkte her. Diese innovativen Produkte sind Ausgangspunkt für Zukunftstechnologien. Denn ohne die Grund- und Werkstoffe der NE-Metallindustrie dreht sich kein Windrad, fährt kein Elektromobil und findet keine Digitalisierung statt. Die NE-Metallindustrie ist damit ein unverzichtbarer Partner von Energiewende und Digitalisierung.

Energiepolitisches Dreieck gleichrangig verfolgen. Die NE-Metallunternehmen stehen im globalen Wettbewerb. Ihre Energiekosten betragen im Verhältnis zur Bruttowertschöpfung

im Durchschnitt mehr als 25%. In der Metallherzeugung stellen die Stromkosten bis zu 50% der Gesamtproduktionskosten dar. Die Politik hat die Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit den Zielen der Umwelt- und Klimapolitik untergeordnet. Die Energiewende hat diese Schieflage verstärkt. Zur Sicherung des Industriestandortes Deutschland sind der Wirtschaftlichkeit und der Versorgungssicherheit wieder ein höherer Stellenwert beizumessen.

Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit konkretisieren und quantifizieren. Die WVMetalle unterstützt in vollem Umfang die Forderung des Bundesrechnungshofes. Dieser fordert, dass die Ziele Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit konkretisiert und quantifiziert werden.

⊙ Energiewende – ja, aber richtig

GRUNDSTOFFINDUSTRIE

ENERGIE

KLIMA

UMWELT

ROHSTOFFE UND HANDEL

STEUERN

FORSCHUNG

EUROPA

METALLE PRO KLIMA

ECKDATEN DER BRANCHE



- Die Energiewende kosteneffizienter gestalten
- Direkte und indirekte Kosten beziffern
- Die Energiewende muss die Versorgungssicherheit gewährleisten



Energiewende – ja, aber richtig

Energiewende kosteneffizienter gestalten.

Deutschland will aus der Kernenergie aussteigen und dafür die erneuerbaren Energien ausbauen. Durch das bestehende Fördersystem laufen die Kosten aus dem Ruder. Stromkunden werden übermäßig belastet. Die Politik muss deshalb schnellstmöglich die EEG-Kosten begrenzen und den Systemwechsel vollziehen. Von wettbewerbsfähigen Energiepreisen hängen rund 830.000 Arbeitsplätze in den Grundstoffindustrien ab. Es gilt daher, die Markt- und Systemintegration der erneuerbaren Energien weiter voranzutreiben.

Direkte und indirekte Kosten beziffern. Zur Begrenzung der energiewendebedingten Kosten bedarf es der Transparenz. Alle Kosten müssen offen gelegt und auf den Prüfstand gestellt werden.

Neben direkten Kosten wie dem EEG umfasst dies auch indirekte Kosten wie Netzausbau, Redispatch sowie Netz- und Kapazitätsreserve.

Energiewende muss die Versorgungssicherheit gewährleisten. Um bei steigendem Anteil erneuerbarer Energien die Stromversorgung sicherzustellen, muss das Stromnetz ausgebaut werden. Zudem müssen der Netzausbau und der Zubau der erneuerbaren Energien miteinander synchronisiert werden. Zugleich ist der Strombedarf durch fossile Kraftwerke abzusichern. Anreize zur Flexibilisierung der Stromnachfrage und die Entwicklung von Energiespeichern leisten einen Beitrag zur Versorgungssicherheit. Das Prinzip der Freiwilligkeit muss bei der Flexibilisierung der Nachfrage oberste Priorität haben.

⊙ Entlastungsregelungen sichern Wettbewerbsfähigkeit

GRUNDSTOFFINDUSTRIE

ENERGIE

KLIMA

UMWELT

ROHSTOFFE UND HANDEL

STEUERN

FORSCHUNG

EUROPA

METALLE PRO KLIMA

ECKDATEN DER BRANCHE



- Belastungen auf den Produktionsfaktor Energie begrenzen
- Entlastungen von Umlagen und Steuern ohne Abstriche erhalten
- Industrie und Verbraucher nicht gegeneinander ausspielen



Entlastungsregelungen sichern Wettbewerbsfähigkeit

Belastungen auf dem Produktionsfaktor Energie begrenzen. Die deutsche Industrie trägt Belastungen, die für Wettbewerber in anderen Ländern nicht bestehen. Die politisch getriebene Transformation des Energiesystems führt durch die verschiedenen Steuern und Abgaben (EEG-Umlage, KWKG-Umlage, Netzentgelte, Offshore-Haftungsumlage, usw.) zu einer erheblichen, rein nationalen, Mehrbelastung für die Unternehmen. Das belastet Branchen wie die NE-Metallindustrie, die Werkstoffe und Lösungen für die Energiewende und den Klimaschutz anbieten. Steuern und Umlagen machen etwa ein Drittel der industriellen Stromkosten aus.

Entlastungen von Umlagen und Steuern ohne Abstriche erhalten. Für energieintensive Unter-

nehmen werden die staatlichen Zusatzkosten zum Teil begrenzt, um ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Die Metallindustrie kann steigende Energiekosten im internationalen Wettbewerb nicht an ihre Kunden weitergeben. Die Entlastungsregelungen sind somit essentiell für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in Deutschland.

Industrie und Verbraucher nicht gegeneinander ausspielen. Die Kriterien für Entlastungen Carbon Leakage gefährdeter Unternehmen sind treffsicher und dürfen nicht verschärft werden. Ursache der steigenden Energiekosten sind die weiter zu hohen Förderkosten für den Ausbau der erneuerbaren Energien für Verbraucher und Industrie.

➤ Für einen effektiven Emissionshandel

GRUNDSTOFFINDUSTRIE

ENERGIE

KLIMA

UMWELT

ROHSTOFFE UND HANDEL

STEUERN

FORSCHUNG

EUROPA

METALLE PRO KLIMA

ECKDATEN DER BRANCHE



- Angemessenen Carbon Leakage Schutz sicherstellen
- Vollständige Strompreiskompensation ermöglichen
- Qualitative Beurteilung beibehalten



Für einen effektiven Emissionshandel

Angemessenen Carbon Leakage Schutz sicherstellen. Die NE-Metallindustrie steht im globalen Wettbewerb. Die Klimaschutzanstrengungen der einzelnen Staaten sind jedoch auch nach dem wichtigen Pariser Klimaschutzabkommen immer noch sehr unterschiedlich. Damit Unternehmen nicht in Regionen mit geringeren Klimaschutzkosten abwandern, sind angemessene Carbon Leakage Maßnahmen notwendig. Diese ermöglichen Investitionen in Deutschland und in Europa, erhalten Arbeitsplätze und schützen das Klima.

Vollständige Strompreiskompensation ermöglichen. Die NE-Metallindustrie ist stromintensiv. Im Gegensatz zu den Energieversorgern hat sie kaum Möglichkeiten, CO₂-Kosten durch höhere Produktpreise zu überwälzen und an die Nachfrager

weiterzureichen. Um die Existenz der NE-Metallindustrie am Standort Europa sicherzustellen, muss es eine vollständige Strompreiskompensation durch die Mitgliedstaaten für die 10% effizientesten Anlagen eines Sektors geben.

Qualitative Beurteilung beibehalten. Das Carbon Leakage Risiko soll anhand eines Indikators (CO₂-Intensität × Handelsintensität) ermittelt werden. Die NE-Metallindustrie ist Preisnehmer auf internationalen Märkten; ihre Produkte werden an internationalen Börsen zu einheitlichen Weltmarktpreisen gehandelt. Dies bildet der vorgeschlagene Carbon Leakage Indikator nicht ab. Daher muss die qualitative Beurteilung zur Feststellung des Carbon Leakage Risikos beibehalten werden, unabhängig von einem Schwellenwert.

➤ Risikobezug als Grundlage der Stoffbewertung

GRUNDSTOFFINDUSTRIE

ENERGIE

KLIMA

UMWELT

ROHSTOFFE UND HANDEL

STEUERN

FORSCHUNG

EUROPA

METALLE PRO KLIMA

ECKDATEN DER BRANCHE



- Metallbewertungen von automatischen Rechtsfolgen entkoppeln
- Nutzung etablierter und sicher verwendeter Stoffe weiterhin ermöglichen
- Bioverfügbarkeit für Stoffbewertung nutzen



Risikobezug als Grundlage der Stoffbewertung

Metallbewertungen von automatischen Rechtsfolgen entkoppeln. Die Signalwirkung gefahrestoffrechtlicher Einstufungen auf den Markt ist erheblich. Üblicherweise geht von den in den Produkten enthaltenen Metallen keine Gefahr aus. Wo sich Risiken abzeichnen, sind zielgerichtete Maßnahmen effektiver als automatisierte Stigmatisierungen oder Verbote. Eine Entkopplung von Einstufung und Rechtsfolgen ist deshalb dringend geboten. Das kann durch die verpflichtende Einführung risikobasierter Folgeabschätzungen bei der Stoffbewertung gelingen.

Nutzung etablierter und sicher verwendeter Stoffe weiterhin ermöglichen. Es muss möglich bleiben, die positiven Eigenschaften der Stoffe zu nutzen, wenn Risiken angemessen kontrolliert

werden können. Sofern das Risiko unter Einhaltung von Umwelt- und Arbeitsschutzstandards als beherrscht gilt, ist keine weitere Regulierung erforderlich, z. B. bei rein industrieller Anwendung. Andernfalls sollten im Vorfeld die Anwendungsfelder und denkbare Risikominderungsmaßnahmen gemeinsam mit der Industrie sozio-ökonomisch bewertet werden.

Bioverfügbarkeit für Stoffbewertung nutzen. Die regulatorische Einbindung von Untersuchungen zur Bioverfügbarkeit insbesondere bei Legierungen wird von der Metallindustrie aktiv vorangetrieben. Wir brauchen ein klares politisches Bekenntnis zur Unterstützung dieser Aktivitäten. Bei der Stoffbewertung sollte dieses Konzept von Anfang an eingebunden werden.

⊙ REACH-Verordnung mit Augenmaß umsetzen

GRUNDSTOFFINDUSTRIE

ENERGIE

KLIMA

UMWELT

ROHSTOFFE UND HANDEL

STEUERN

FORSCHUNG

EUROPA

METALLE PRO KLIMA

ECKDATEN DER BRANCHE



- Keine weiteren Pflichten in REACH verankern
- Arbeitsschutz ermöglicht oftmals bessere Regulierung als REACH-Zulassung
- REACH darf das Recycling nicht behindern



REACH-Verordnung mit Augenmaß umsetzen

Keine weiteren Pflichten in REACH verankern.

2017 wird die REACH-Verordnung überprüft. Die Industrie nimmt ihre REACH-Pflichten ernst. Deshalb sollte ihr Zeit gelassen werden, die letzte Registrierungsphase zu bewältigen und einen effizienten Umgang mit den Elementen Zulassung und Bewertung zu erarbeiten.

Arbeitsschutz ermöglicht oftmals bessere Regulierung als REACH-Zulassung. Häufig werden Stoffe nur wegen der für Arbeitnehmer bestehenden Risiken für die REACH-Zulassung vorgesehen. Hier wird die Zulassung lediglich zu einer stärkeren Überwachung des Arbeitsschutzes führen. Ein Substitutionsdruck besteht aufgrund einiger Bestimmungen im Arbeitsrecht schon heute. Die Arbeitnehmer würden noch besser geschützt

werden, wenn anstatt der Zulassung der Stoffe der Arbeitsschutz in den Fokus genommen würde. Der Industrie würden die Planungssicherheit und die Wettbewerbsfähigkeit erhalten bleiben.

REACH darf das Recycling nicht behindern. Metallschrottstoffströme für das Recycling enthalten oftmals neben den eigentlichen Metallen auch andere metallische Begleitelemente. Wenn solche Begleitelemente unter REACH zulassungspflichtig wären, müssten Recycler eine gesonderte Zulassung beantragen. Das würde das Recycling erheblich behindern. Deshalb sollte das Konzept der Verunreinigung auch für die Zulassung gelten und diese als Bestandteile des Hauptstoffes nicht zulassungspflichtig sein.

⊙ Europäische Vorschriften 1:1 umsetzen

GRUNDSTOFFINDUSTRIE

ENERGIE

KLIMA

UMWELT

ROHSTOFFE UND HANDEL

STEUERN

FORSCHUNG

EUROPA

METALLE PRO KLIMA

ECKDATEN DER BRANCHE



- Genehmigungsrelevante Gesetzgebung an Europa angleichen
- Rechtssicherheit für Investitionen erhalten
- Effiziente Umsetzung durch weniger Bürokratie ermöglichen



Europäische Vorschriften 1:1 umsetzen

Genehmigungsrelevante Gesetzgebung an Europa angleichen. Deutschland schießt in vielen Bereichen des anlagenbezogenen Genehmigungsrechts über europäisch abgestimmte Vorgaben hinaus. So werden Grenzwerte festgelegt, obwohl dazu kein gemeinschaftsrechtlicher Grund besteht. Diese Praxis macht den Wirtschaftsstandort Deutschland unattraktiver und übersieht das originäre Eigeninteresse unserer Unternehmen am Umweltschutz.

Rechtssicherheit für Investitionen erhalten. Bei den Unternehmen besteht erhebliche Verunsicherung bzgl. der Rechtssicherheit von Genehmigungsverfahren. Durch eine Änderung des Umweltschutzbehelfsgesetzes werden Verfahrenslänge und -ausgang negativ beeinflusst. Das zugrunde liegende Urteil des EuGH legt den Grundstein für

eine ausufernde Klagemöglichkeit. Es kann nicht im Sinne des Vollzugs sein, wenn zukünftige Verfahren wegen kleinster Mängel in Gänze gefährdet werden. Die Rechtssicherheit des deutschen Verwaltungsrechts ist eine der fundamentalen Säulen der Investitionssicherheit und muss durch klarstellende Regelungen gewährleistet bleiben.

Effiziente Umsetzung durch weniger Bürokratie ermöglichen. Durch die wachsende Zahl umweltrechtlicher Regelungen werden die bürokratischen Pflichten der Unternehmen immer weiter erhöht. Dies erzeugt nicht nur zusätzliche Kosten, sondern behindert häufig auch eine effektive Umsetzung von umweltpolitischen Vorschriften. Die Regel „One in, one out“ sollte deshalb auch in der Umweltpolitik angewendet werden.

⊙ Keine Kreislaufwirtschaft ohne Metalle

GRUNDSTOFFINDUSTRIE

ENERGIE

KLIMA

UMWELT

ROHSTOFFE UND HANDEL

STEUERN

FORSCHUNG

EUROPA

METALLE PRO KLIMA

ECKDATEN DER BRANCHE



- Illegale Exporte von Metallen effektiv verhindern
- Klimaschutz und Ressourceneffizienz brauchen Metalle
- Das Circular Economy Paket muss die Kreislaufeigenschaften von Metallen berücksichtigen



Keine Kreislaufwirtschaft ohne Metalle

Illegale Exporte von Metallen effektiv verhindern.

Metallrecycling liefert einen wichtigen Beitrag zur Rohstoffversorgung. Nahezu die Hälfte der in Deutschland erzeugten NE-Metalle stammt aus dem Recycling. Illegale Exporte von Metallen als Abfall oder Produkt in Länder mit geringen Umwelt- und Sozialstandards gefährden Investitionen in hochwertige deutsche Recyclinganlagen. Deshalb setzen wir uns für ein Regelwerk ein, das illegale Exporte effektiv verhindert.

Klimaschutz und Ressourceneffizienz brauchen Metalle. Metallrecycling spart knappe Rohstoffe und bis zu 95 % an Energie und Klimaemissionen. Metalle akkumulieren im anthropogenen Lager und können von nachfolgenden Generationen genutzt werden. Miniaturisierung und höhere

Komplexität der Stoffe in Produkten setzen einem wirtschaftlichen Recycling jedoch Grenzen.

Das Circular Economy Paket muss die Kreislaufeigenschaften von Metallen berücksichtigen. Die Recyclingquoten müssen ambitioniert, aber erreichbar sein. Metalle sind erneuerbaren Rohstoffen gleichzustellen. Denn Metalle werden immer nur ge-braucht und nicht ver-braucht. Erfasste Metalle müssen echten Recyclinganlagen mit hohen Ausbringungsraten zugeführt werden.

➤ Für einen fairen und freien Handel

GRUNDSTOFFINDUSTRIE

ENERGIE

KLIMA

UMWELT

ROHSTOFFE UND HANDEL

STEUERN

FORSCHUNG

EUROPA

METALLE PRO KLIMA

ECKDATEN DER BRANCHE



- WTO-Regeln beim Handel einhalten
- Wirksame EU-Handelsschutzinstrumente schaffen
- Doppelregulierung in der Rohstoffpolitik vermeiden



Für einen fairen und freien Handel

WTO-Regeln beim Handel einhalten. Alle Marktteilnehmer sollten unter denselben Bedingungen Produkte herstellen – also nach den Spielregeln der WTO internationalen Handel betreiben. Vor allem China unterwandert mit enormen Subventionen an Staatsbetriebe und mit dem Export von NE-Metallen unter Herstellungskosten diese Spielregeln. Die WVMetalle fordert deswegen die Einhaltung der WTO-Regeln und fairen Handel nach marktwirtschaftlichen Kriterien.

Wirksame EU-Handelsschutzinstrumente schaffen. Die deutsche NE-Metallindustrie fordert wirksame Handelsschutzinstrumente, um subventionierte Einfuhren effektiv bekämpfen zu können. Die europäische Industrie muss auch zukünftig in der Lage sein, sich gegen unfaire Importe zu schützen.

Deshalb ist es wichtig, dass die EU die Antidumping-Verordnung angleicht und zukünftig auch weiterhin eine alternative Methode für die Berechnung der Dumpingspanne gegen China zulässt.

Doppelregulierung in der Rohstoffpolitik vermeiden. Die Metallindustrie setzt sich seit Jahren freiwillig dafür ein, dass die Sorgfalt in der Lieferkette gewährleistet ist und stetig verbessert wird. Die Politik muss dafür Sorge tragen, dass die Leistungen der Unternehmen anerkannt und ein politischer Rahmen geschaffen wird, der für unsere Unternehmen auch handhabbar ist. Dazu ist die bestehende Rechtslage ausreichend. Doppelregulierungen sollten vermieden werden. Zudem fordern wir eine abgestimmte und einheitliche Vorgehensweise zwischen den Ministerien in Sachen Rohstoffpolitik.

⊙ Wirtschaft stärken, statt Substanz angreifen

GRUNDSTOFFINDUSTRIE

ENERGIE

KLIMA

UMWELT

ROHSTOFFE UND HANDEL

STEUERN

FORSCHUNG

EUROPA

METALLE PRO KLIMA

ECKDATEN DER BRANCHE



- Wettbewerbsfähigkeit stärken, Substanzbesteuerung vermeiden
- Mittelständische Wirtschaft stärken
- EU-Steuerharmonisierung nicht um jeden Preis einführen



Wirtschaft stärken, statt Substanz angreifen

Wettbewerbsfähigkeit stärken, Substanzbesteuerung vermeiden. Eine Substanzbesteuerung des Betriebsvermögens führt zu geringeren Investitionen und höheren Abwanderungstendenzen. Bereits heute tragen die Unternehmen in Deutschland mehr als 40% des Ertragssteueraufkommens. Zusätzliche Belastungen haben unmittelbare Effekte auf Wachstum und Beschäftigung und damit auf die Quelle der Steuereinnahmen. Mit einer Finanztransaktionssteuer werden Absicherungsgeschäfte deutlich erschwert und die deutsche Metallwirtschaft in ihrer Wettbewerbsfähigkeit stark beeinträchtigt. Die Finanztransaktions- und Vermögenssteuer schwächen den Wirtschaftsstandort.

Mittelständische Wirtschaft stärken. Der Mittelstand trägt wesentlich zum Erfolg der deut-

lichen Wirtschaft bei. Während der Finanzkrise wurde deutlich, wie wichtig der Mittelstand für Deutschland ist. Zur nachhaltigen Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit braucht es stabile Rahmenbedingungen: wir benötigen stärkere Investitionsanreize, eine bessere Forschungsförderung, aber auch eine Modernisierung der Unternehmensbesteuerung, insbesondere der Gewerbesteuer und der Zinsparameter.

EU-Steuerharmonisierung nicht um jeden Preis einführen. Bewährte steuerliche Rahmenbedingungen sollten nicht dem Ziel der europäischen Steuerharmonisierung geopfert werden. Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie darf nicht durch europarechtliche Einschränkungen gefährdet werden.

⊙ Sicherung unserer Zukunft durch Forschung

GRUNDSTOFFINDUSTRIE

ENERGIE

KLIMA

UMWELT

ROHSTOFFE UND HANDEL

STEUERN

FORSCHUNG

EUROPA

METALLE PRO KLIMA

ECKDATEN DER BRANCHE



- Grundlagenforschung stärken und Technologietransfer forcieren
- Stringente Bildungsangebote schaffen
- Definition für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) anpassen



Sicherung unserer Zukunft durch Forschung

Grundlagenforschung stärken und Technologietransfer forcieren. Konsequente Grundlagenforschung ermöglicht die Schaffung von Innovationspotential, dem Motor der deutschen Industrie. Grundlagenforschung bildet die Basis für anwendungsbezogene Forschung und führt durch Technologietransfer zu qualitativ hochwertigen Werkstoffen, Legierungen, sowie Recycling- und Anlagentechniken. Dies führt zu einer Vorreiterposition gegenüber anderen Ländern. Erfolgreiche Produkte entscheiden über den Erfolg der Industrie.

Stringente Bildungsangebote schaffen. Die Ausbildung unseres Nachwuchses in den Bereichen Metallurgie und NE-Metalle muss sich den aktuellen Entwicklungen in dem Gebiet anpassen. Nur gut ausgebildete Fachkräfte können das von der

Forschung und dem Technologietransfer geschaffene Innovationspotential voll ausschöpfen. So entstehen erfolgreiche Industrien die letztendlich über den Wohlstand unserer Gesellschaft entscheiden.

Definition für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) anpassen. Hürden bei der Forschungsförderung entstehen bei mittelständischen Unternehmen aus der NE-Metallindustrie durch die Bindung der KMU-Definition an Umsatzobergrenzen. Denn in der Metallbranche besteht eine außergewöhnlich große Diskrepanz zwischen eigentlichem Gewinn und kurzfristigem Umsatz, der durch die hohen Metall- und Rohstoffpreise bzw. den Handel beeinflusst wird. Daher sollte die KMU-Definition für die Forschungsförderung in Abhängigkeit zu den Branchenbedingungen angepasst werden.

➤ Gemeinsam die EU aus der Krise führen

GRUNDSTOFFINDUSTRIE

ENERGIE

KLIMA

UMWELT

ROHSTOFFE UND HANDEL

STEUERN

FORSCHUNG

EUROPA

METALLE PRO KLIMA

ECKDATEN DER BRANCHE



- Binnenmarkt und Euro erhalten
- Handels- und Industriepolitik in Brüssel verankern
- Klimaschutz und Wachstum als gleichrangige Ziele verfolgen



Gemeinsam die EU aus der Krise führen

Binnenmarkt und Euro erhalten. Die EU ist in der Krise. Gemeinsam müssen wir Verantwortung übernehmen, damit Europa nicht scheitert. Es gibt keinen besseren Garanten für Sicherheit und Wohlstand, als die Einigung Europas. Dazu benötigen wir auch weiterhin einen Binnenmarkt und den Euro.

Handels- und Industriepolitik in Brüssel verankern. Die WVMetalle setzt sich für eine starke und handlungsfähige EU ein. Europäische Angelegenheiten wie die Handelspolitik sollten in Brüssel, nationale, regionale und lokale Angelegenheiten vor Ort, geregelt werden. Erweiterung und Vertiefung der EU sind keine passenden Antworten auf die Krise. Trotz allem sind mehr Zusammenhalt und Solidarität erforderlich, um unser Modell einer freien und sozialen Gesellschaft im Wettbewerb

mit den aufstrebenden Regionen dieser Welt zu verteidigen.

Klimaschutz und Wachstum als gleichrangige Ziele verfolgen. Die industrielle Produktion leistet einen oft unterschätzten Beitrag zu unserem Wohlstand. Es gilt, der Industriepolitik in Brüssel eine stärkere Stimme zu geben und am Ziel von 20% Wertschöpfung in der Industrie festzuhalten. Die Nachfrage nach Metallen wächst. Aber die einseitige Ausrichtung auf Klima- und Umweltpolitik sorgt in der Grundstoffindustrie für viel Unsicherheit. Der Rückgang von Investitionen und Arbeitsplätzen ist die Folge. Die Gleichrangigkeit von Umwelt- und Wachstumszielen schafft Planungssicherheit und gibt der NE-Metallindustrie als Ausgangspunkt der industriellen Wertschöpfungskette wieder eine Perspektive.

➤ Metalle schützen das Klima

GRUNDSTOFFINDUSTRIE

ENERGIE

KLIMA

UMWELT

ROHSTOFFE UND HANDEL

STEUERN

FORSCHUNG

EUROPA

METALLE PRO KLIMA

ECKDATEN DER BRANCHE



METALLE
PRO KLIMA

- Klimaschutz kann nur mit NE-Metallen funktionieren
- Leistung des technologiebasierten Klimaschutzes honorieren
- Metallbedarf durch in Europa produzierte Metalle decken

Klimaschutz kann nur mit NE-Metallen funktionieren. Sie werden u. a. bei der Energiewende für die Produktion von Solaranlagen und Windrädern benötigt und bei der Mobilitätswende für den Leichtbau und die Elektrifizierung des Antriebsstrangs. Die Politik muss jedoch für eine Balance zwischen ökologischen und ökonomischen Zielen sorgen und den Unternehmen die Möglichkeit lassen, auch künftig in Deutschland ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten zu können.

Leistung des technologiebasierten Klimaschutzes honorieren. Energie- und Ressourceneffizienz sind Kernkompetenzen der NE-Metallindustrie. Eine Vielzahl von Klimaschutzbeiträgen wird durch Produktion, Produkte und Recycling von NE-Metallen erbracht. Unsere Unternehmensinitiative

Metalle pro Klima macht diese Beträge zum Klimaschutz sichtbar. Unser Ziel ist es, die Leistungen und Effekte dieses wissens- und technologiebasierten Klimaschutzes für Bürger und Politik noch greifbarer zu machen.

Metallbedarf durch in Europa produzierte Metalle decken. NE-Metalle und die daraus entstehenden Produkte werden in Deutschland besonders umwelt- und klimafreundlich hergestellt. Eine Abwanderung von Produktionsstätten ist deswegen nicht nur für unsere Wirtschaft von Nachteil, sondern auch für die Umwelt. Deswegen benötigen wir angemessene Maßnahmen zur Verhinderung von umweltschädlicher Produktionsverlagerung. Klimaschutz darf nicht einseitig die deutsche Industrie in ihrer Wettbewerbsfähigkeit belasten.

➤ Wir, die Nichteisen- Metallindustrie

GRUNDSTOFFINDUSTRIE

ENERGIE

KLIMA

UMWELT

ROHSTOFFE UND HANDEL

STEUERN

FORSCHUNG

EUROPA

METALLE PRO KLIMA

ECKDATEN DER BRANCHE



- 655 Unternehmen mit 111.000 Beschäftigten
- 8,5 Millionen Tonnen Produktion im Jahr 2016
- 47 Milliarden Euro Umsatz



Wir, die Nichteisen-Metallindustrie

Die deutsche NE-Metallindustrie umfasst 655 Unternehmen mit 111.000 Beschäftigten. Die NE-Metallindustrie gliedert sich in die Metallgruppen Leichtmetalle (Aluminium und Magnesium), Buntmetalle (Kupfer, Zink, Blei, Zinn und Nickel) sowie Selten- und Edelmetalle.

Die Branche erzielte im Jahr 2016 eine Produktion in Höhe von 8,5 Millionen Tonnen. Die Produktion der NE-Metallindustrie umfasst dabei die Produktionsstufen Erzeugung (Herstellung von raffinierten Metallen und Metalllegierungen), Halbzeuge (erste Bearbeitung zu Bändern, Blechen, Stangen, Profilen, Rohren, Drähten und Schmiedeteilen), Weiterverarbeitung, Guss und Feuerverzinkung.

Die NE-Metallindustrie erwirtschaftete dabei einen Umsatz in Höhe von 47 Milliarden Euro. Die NE-Metallindustrie beliefert alle modernen Schlüsselindustrien und bildet somit das Fundament für funktionierende Wertschöpfungsketten. Die wichtigsten Abnehmerbranchen für NE-Metalle sind die Automobil-, Bau-, Chemie-, Elektrotechnik- und Elektronikindustrie sowie die Luft- und Raumfahrtindustrie.